

Tagesbote für Untersteiermark.

Subscriptionenpreis für Marburg.
Monatlich fl. 70 kr.
Vierteljährig 2 „ 10 „
Jahrespreis monatlich 15 „
Einzeln Nummern 4 kr.

Organ der liberalen Partei.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Manuscripte werden nicht zurück gesendet.

Subscriptionenpreis mit Post:
Monatlich 1 Gulden.
Vierteljährig 3 „
Jahrespreis 12 „
Inhaltsverzeichnis 6 kr. pr. Jahr.

Nr. 169.

Marburg, Mittwoch 2. November 1870.

IX. Jahrgang

Ueber Vereinsrecht und Volksversammlungen.

+ Wir haben in unserem, diesem unmittelbar vorangehenden Artikel die Gefahren, von denen die Pressefreiheit in Oesterreich bedroht, die Maßregeln, welche derselben den Lebensnerv abzuschneiden bestimmt sind, des Weiteren erörtert.

Wir sind leider abermals in der Lage, darauf hinzuweisen, daß auch das Vereins- und Versammlungsrecht diese parlamentarische Errungenschaft nicht so felsenfest begründet, daß eine Beschränkung, eine „Auslegung“ derselben im retrograden Sinne möglich ist, der Versuch einer derartigen Gesetzes-Interpretation ist nicht mehr Hypothese, sondern wir müssen mit Bedauern konstatiren, eine gegebene Thatsache, mit welcher zu rechnen ist.

Wie die „F. Pr.“ berichtet, wurde in jüngster Zeit den bei Vereins- und Volksversammlungen als Vertreter der Regierung fungirenden Beamten der Sicherheitsbehörde im Sinne der §§. 21 und 13 des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Vereins- und Versammlungsrecht die gemessene Weisung zugestellt, „stets, wenn eine Versammlung einen solchen Charakter anzunehmen droht, daß wegen tumultuarischen Benehmens einer Partei oder einzelner Theilnehmer eine ordnungsmäßige Verhandlung nicht mehr stattfinden kann, den Vorstehenden zur nachhaltigen Herstellung der Ruhe mit dem Beisatze aufzufordern, daß sonst auf Grund der vorangeführten Gesetzes-Paragraphe mit der Auflösung der Versammlung vorgegangen werden würde, und wenn diese Aufforderung aus was immer für einem Grunde ohne Erfolg bliebe, die Auflösung der Versammlung auch wirklich und sofort unter Berufung auf die gesetzlichen Bestimmungen auszusprechen.“

Es scheint vor allem aus diesem Erlasse der Oberbehörde hervorzugehen, daß unsere Gesetze überhaupt und das Vereins- und Versammlungsrecht vom 15. November 1867 insbesondere einer sehr weitgehenden Auslegung fähig sind und daß die gewiß nichts weniger als laze Handhabung des in letzterem dem Staate eingeräumten umfassenden Aufsichts- und Verbotungsrechtes von Seite der Beamten der Sicherheitsbehörden nicht im Sinne der von der Oberbehörde beliebten „Auslegung“ gelegen war, und daß von den Vertretern der Staatsbehörde mehr „Energie“ den Vereinen und Volksversammlungen gegenüber von maßgebender Stelle gefordert werde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser den betreffenden Organen der Sicherheitsbehörde von Oben ertheilte Wink mit dem Zaunpfahle auf keinen unfruchtbaren Boden fallen werde, daß dieselben von der ihnen in die Hand gegebenen zweischneidigen Waffe den gewünschten Gebrauch machen werden.

Der oben citirte Erlaß sagt:

„Wenn eine Versammlung einen solchen Charakter anzunehmen droht, daß wegen tumultuarischen Benehmens einer Partei oder einzelner Theilnehmer etc.“ Nun dürfte es keinem Zweifel unterliegen, daß der Moment, wann eine Versammlung tumultuarisch zu werden droht, rein dem subjektiven Ermessen des betreffenden Regierungskommissärs überlassen ist; daß der Begriff „tumultuarisch“ von einer Elastizität ist, welche jeden Obmann eines Vereines oder einer Volksversammlung zur Verzweiflung zu bringen geeignet ist.

Wir glauben frischweg behaupten zu können,

daß der schärfste Denker nicht in der Lage wäre, uns eine präzise Definition von „tumultuarisch“ zu geben, daß somit keine Vereins- oder Volksversammlung in ihrer Hand hat, ihre tagesordnungsmäßige Thätigkeit durchzuführen oder nicht.

Wir wollen diese Behauptung an einem gewiß schlagenden Beispiele erläutern.

Auf der Tagesordnung der Vereins- oder Volksversammlungen dürfte schon gegenwärtig sehr häufig und in der Zukunft allem Vermuthen nach noch häufiger der Beschluß irgend eines Mißtrauensvotums an die Adresse des Kollektivministeriums oder eines der Mitglieder stehen. Nehmen wir nun an, daß in jedem Vereine, in welchem die Aufnahme als Mitglied nicht an besondere Bedingungen geknüpft ist (ein Fall, der bei der überwiegenden Mehrzahl der in Oesterreich bestehenden Vereine eintreten dürfte) somit um so mehr in einer öffentlichen Versammlung sich aus Gründen, die wir unerörtert lassen wollen, irgend Jemand sich höchst wahrscheinlich finden wird, der sich in der Versammlung als Anhänger, als Lobredner des Ministeriums entpuppt, dann ist die Annahme gewiß keine gewagte, daß laute Ohruse oder noch prägnantere Bezeichnungen des Mißfallens der Versammlung zum Ausdruck kommen werden.

Wie leicht „droht“ eine solche Versammlung „tumultuarisch“ zu werden, wie leicht wird dem Regierungskommissäre die strifte Uebung seiner Pflicht im Sinne des obigen Erlasses werden — zur Botirung des beantragten Mißtrauensvotums wird es aber schwerlich kommen.

Es ist gar ein eigenes Ding um Mißtrauensvoten, wenn sie von einer imposanten Majorität des am öffentlichen Leben Theil nehmenden, die Intelligenz repräsentirenden Volkes einem Ministerium oder einem Minister gegenüber ausgesprochen werden.

Anfangs leises Murmeln, werden sie mit der Zeit zum lauten Murren, dringen sogar in maßgebende Kreise; — sie haben schon so manchen schwachbeinigen Ministerstuhl ins Schwanken gebracht.

Die Inhaber solcher Ministerstühle exemplarisch odiosa, sollen eben oft sehr schwerwiegende Gründe haben auch entgegen den berechtigten Wünschen des Volkes auf dem einmal errungenen Platze sich zu behaupten. Diese müssen für Begegnungen nicht eben schmeichelhafter Natur Trost gewähren, welche Ministern bei feierlichen Gelegenheiten mitunter z. B. bei landwirthschaftlichen Ausstellungen zu Theil werden.

Daher stammt die Sorge „von Oben“, damit Vereins- und Volksversammlungen ungestört durch das „tumultuarische“ Benehmen von Mitgliedern oder Partheien zu Ende geführt werden können, eine Sorge, welche in obigem Erlasse ihren Ausdruck gefunden, obgleich bis nun das Del als schlechtes Löschmittel des Feuers und ein Regierungskommissär als höchst ungeeigneter Dämpfer aufgeregter Gemüther sich erfahrungsgemäß bewiesen haben.

Doch das Auge der Regierung wacht und damit müssen wir Menschen beschränkten Unterthanenverstandes uns bescheiden, so schwer es uns im Interesse der gefährdeten Freiheit fallen mag. Wir glauben und hoffen, daß der Gegenstand jedoch an einer Stelle in Anregung gebracht werden wird, von welcher Abhülfe möglich, — das ist im Abgeordnetenhaus des Reichsrathes.

Zeitungschau.

Das „Baterland“ bespricht das katholische Vereinswesen, welches den zahllosen liberalen Vereinen ein Gegengewicht zu schaffen (leider kommt der Ausdruck „zahllos“ der Wahrheit nicht nahe, A. d. R.) und der katholisch-konservativen Partei die parlamentarische Majorität, womit die Herrschaft im konstitutionellen Staate verbunden, zu verschaffen bestimmt sei. Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles empfiehlt das „Baterland“ den katholisch-politischen Vereinen: 1. Daß sie eine klare, entschiedene politische Parteistellung einnehmen; und 2. daß sie vorzüglich danach trachten, ihre Mitgliederzahl möglichst zu vermehren, um bei den nächsten Wahlen nachdrücklich eingreifen zu können.

Die „Politik“ recapitulirt die Kriegereignisse bis zu dem Falle von Metz; sie kommt dadurch zu dem Schlusse, daß es nunmehr mit dem nationalen Widerstande Frankreichs recht traurig aussieht; denn was Befähigung auf einer Seite, Strategie auf der andern thun konnte, um denselben niederzuwerfen, sei geschehen; ein Sieg der französischen Streitkräfte sei undenkbar, weil es den Franzosen an tüchtigen Führern und trotz alles Heroismus Einzelner an Disziplin und Einigkeit der Gesammtheit fehle. Die „Politik“ schließt mit der ganz treffenden Bemerkung, daß Frankreich falle, weil es die entsetzliche Tyrannei des Mannes vom zweiten Dezember zu lange erduldet, weil es sich selbst vergessen und verloren habe.

Die „Presse“ signalisirt den Zustand der Agonie, in welchem sich das Ministerium Potocky befinde; der Versuch durch Heranziehen von Mitgliedern der Verfassungspartei sich zu regeneriren sei mißlungen, mußte vor der Entscheidung des Reichsrathes durch die Adreßdebatte mißlingen. Sollte in deren Folge eine Neubildung des Ministeriums aus den Kreisen der heutigen Linken erfolgen, dann dürfe kein Mitglied des jetzigen Kabinetts, selbst nicht Potocky aufgenommen werden. Zum Schlusse warnt die „Presse“ vor einem reinen Beamtenministerium. Sie legt es dem vorgeschrittenen Theile der Verfassungspartei nahe, mit einem entschiedenen Programme hervorzutreten und das Staatsruder, falls dessen Führung ihr angeboten werde, ohne Bedenken zu ergreifen.

Die „N. Fr. Presse“ bespricht die trostlosen inneren Zustände Oesterreichs, sie zieht aus denselben die beachtenswerthe Schlussfolgerung, daß ein Umschwung sich vollziehe, dessen Tenor darin liegt, daß Männer von bisher aufrichtiger konstitutioneller Gesinnung erklären, die Verfassung sei Mittel, nicht Zweck, sobald höhere Zwecke durch sie geschädigt, am Ende vereitelt werden sollten, dann sei sie nicht mehr am Platze. Die „N. Fr. Presse“ fordert alle wirklich konstitutionellen Deutschösterreicher zur Einigkeit auf, denn wären sie in dieser ersten Zeit uneins, dann sind sie dem Hasse der Nichtdeutschen rettungslos verfallen.

Der „Wanderer“ erörtert unser Verhältniß zu Deutschland. Während früher die Diplomatie ohne Rücksicht auf Wünsche und Stimmung der Völker ihre Kombinationen zu machen pflegte, sei sie jetzt genöthigt diesen Faktor mit in die Berechnung zu ziehen. Soll nun Deutschland zu Oesterreich in freundschaftliche Beziehung treten, dann wird die Frage angeregt werden müssen, ob das Ministerium, mit dem Deutschland verhandeln soll, auch das Vertrauen der Bevölkerung genießt. Nachdem man dies vom Ministerium Potocky-Petrino-Taaffe unmöglich behaupten kann, so sei nach Ansicht des „Wanderers“

der Sturz dieser Männer die Vorbedingung eines intimen für Oesterreich dringend nöthigen Verhältnisses zu Deutschland.

Das „N. B. Tagblatt“ findet die Erklärung für Frankreichs beispiellose Niederlagen in dem zwanzigjährigen Systeme der Unredlichkeit, Vesteuerung, der Verschwendung, mit einem Worte der Demoralisation, welche dasselbe beherrscht hat. Zum Schlusse warnt das „N. B. T.“ von der irrigen Annahme, daß nur die geistige und körperliche Tüchtigkeit den Deutschen ihnen zum Siege verholfen haben; es gebe keine Aristokratie unter den Nationen; eine schlechte Regierung könne den Niedergang der einen bewirken, eine gute Regierung der andern zur Blüthe verhelfen, an und für sich seien Beide eben gleich.

Politische Uebersicht.

Inland.

(Wien.) Die latente Ministerkrise scheint eine akute geworden zu sein; Stremayer und Eschabuschnigg sollen erklärt haben, in Gesellschaft Perrino's nicht vor den Reichsrath treten zu können; hierauf schlug Graf Taaffe die Demission des Gesamtministeriums vor, worüber bisnun keine Entscheidung getroffen wurde.

Man scheint bei der Neubildung des Ministeriums von der Absicht geleitet zu werden ein Koalitionministerium aus Mitgliedern der Linken, des Centrum und der Polen zu Stande zu bringen.

Ob ein solches Ministerium von Dauer wäre, könnte bezweifelt werden, ebenso ob dessen Bildung gelingen werde.

Daß die Unterhandlungen mit Reichbauer zu keinem Resultate geführt ist bekannt; vielleicht scheiterten sie an dem Umstande, daß man Taaffe nicht zu opfern bereit ist.

Wie man der „N. F. P.“ berichtet, wollen die Czaren an den Reichsrath eine neuerliche Declaration richten, in welcher zum Schlusse darauf hingewiesen würde, daß die Majorität der böhmischen Landesvertretung im Interesse des Ausgleiches eine Deputation zu dem bestimmten Zwecke zu entsenden bereit sei, mit dem Reichsrathe über das zukünftige Verhältniß Böhmens zum Reiche zu verhandeln.

(Pest.) Im ungarischen Reichstage entspinnt sich ein heftiger Wettkampf um die Popularität unter den Massen; am 22. v. M. stellte Simonyi seinen bekannten Antrag im Interesse Frankreichs; hierauf antwortete Liszka am 24. mit dem Begehren der Auslieferung der ungarischen Armee aus dem Verbande des österreichischen Gesamtheeres.

Diesem folgte am 29. Trauzi mit seinem Antrage auf Abschaffung der Ausgleichsgesetze von 1867 und die Einführung der Personalunion. Womit wird die Linke diesen Triumph überbieten? In der gleichen Sitzung stellte Pelly an den Ministerpräsidenten die Frage, ob die Regierung die Auegion Rom's bereits gutgeheißen habe und wenn nicht, aus welchen Gründen, endlich ob sie den österr.-ungarischen Gesandten nicht von dort abzurufen gedente.

In Dealistischen Kreisen verlautet, die Regierung werde diese Interpellation dahin beantworten, daß sie das Verhalten Buss's in Rom und Florenz auseinandersezt.

Die weitere Frage, betreffend die Aufrechterhaltung des Postfachterpostens in Rom, soll dahin erledigt werden, daß Graf Andrássy auf das Zugeständniß der italienischen Regierung, welches dem Papste den freien Verkehr mit den europäischen Mächten gestattet, hinweisen wird.

(Agram.) Die Regierung hat an den Erzbischof und die Bischöfe von Kroatien und Slavonien ein vom 9. August datirtes Dekret erlassen, worin in Folge des Beschlusses des römischen Konzils, durch welches die Rechte des apostolischen Königs von Ungarn und der vereinigten Königreiche verkürzt werden, das Placetum regium eingeführt wird.

Der Landtag tritt am 15. November zusammen.

(Prag.) Hinsichtlich der Aufhebung der Josefstädter Hauptschule mit deutscher Unterrichtsprache hat der Statthalter einen Bericht vom Stadtrathe begehrt, da in Ausführung des vom Stadtrathe gefaßten Beschlusses alles zum Schul-

Erhalte Nöthige verweigert wurde. Die Statthaltereie wird den Beschluß des Stadtrathes suspendiren.

(Znaim.) Wie man aus dieser Stadt berichtet fand eine stürmische Landwehr-Kontrollversammlung des Znaimer Bezirkes statt. Der Aufforderung, den Schwur zu leisten wurde nur theilweise Folge geleistet. Ein Majestäts-Beleidigungen ausstoßender Landwehrmann wurde verhaftet.

Ausland.

(Berlin.) Ueber die Waffenstillstandsverhandlungen heißt es, daß Thiers dem Grafen Bismarck bei seiner letzten Zusammenkunft in Versailles die Frage gestellt hat, ob er noch zum Abschlusse eines Waffenstillstandes auf die Dauer von zwanzig Tagen mit Verzicht auf den Einmarsch in Paris und mit Freigebung von vier Eisenbahnlinien nach Paris, unter der Bedingung bereit sei, daß der Mont-Valerien den preussischen Truppen übergeben würde.

Gegen-Konzeßion wäre, daß in der bezüglichen Urkunde von der Regierung der National-Verteidigung die Verpflichtung übernommen würde, der sogleich einzuberufenden Konstituante die Zahlung einer Kriegskontribution von zweitausend Millionen und die Abtretung eines französischen Grenzgebietes zu empfehlen.

Graf Bismarck soll unter der Voraussetzung, daß die Klausel wegen Gebietsabtretung ihres vagen Charakters entkleidet werde, erklärt haben, er hoffe hiezu sodann die Zustimmung des Königs zu erhalten; doch empfehle er Thiers, sich zuvor der Zustimmung der Pariser Regierung zu versichern.

Die Berathungen der süddeutschen Minister mit dem Bundeskanzler nehmen einen günstigen Verlauf und werden voraussichtlich Ende dieser Woche zum Abschluß gelangen.

Die Vereinbarung über die künftige Gestaltung des deutschen Heerwesens dürfte schon als gelungen angesehen werden.

(Florenz.) Ueber die Zuweisung Elbas als künftigen Wohnsitz an Napoleon soll sich Herr von Biskonti-Benosta dahin ausgesprochen haben, daß die italienische Regierung sich kaum den Dank Europas erwerben würde, wenn sie durch die Aufnahme des Kaisers in Elba helfen würde, einen Konspirationstherd zu schaffen, welcher für Frankreich ebenso gefährlich als für Italien werden könnte.

Die italienische Regierung würde sich nur dann herbeilassen, dem Wunsche Preußens nachzukommen, wenn sämtliche neutralen Mächte die Insel Elba als dem geeigneten künftigen Aufenthaltsort des Kaisers bezeichnen.

Ein vollständiges Abtreten der Insel zu Gunsten Napoleons wies die italienische Regierung entschieden ab.

Die Frage des Collegium Romanum ist gelöst. Den Jesuiten wurde alle Einmischung in den Unterricht entzogen; die Eigenthumsfrage in Betreff des Gebäudes ist noch offen gelassen.

(Marseille.) Es wurden daselbst Gambetta und Gambriel als Landesverräter erklärt und beschloffen als Republik: Val du Rhone sich von Frankreich zu trennen.

Aus Athen meldet man: Das Erdbeben, welches die Provinz Amphissa und Phthiotis verheerte, wiederholte sich mit furchtbarer Intensität. Die Regierung ruft die christliche Barmherzigkeit an.

Vom Kriege

Was wir und andere Blätter ausgesprochen, bei der nahezu verrückten Haltung der Franzosen sei auch nach dem Falle von Metz noch an keinen Frieden zu denken, zeigt sich leider immer deutlicher.

Ein Parlamentär des deutschen Heeres hat in Paris die Kapitulation von Metz angezeigt und eine letzte Sommatation übergeben. Trochu lehnte ab. Das Bombardement wurde auf Montag bestimmt.

Nahzu hirnverrückt muß man aber die Proklamation Gambettas nennen, in welcher der Fall von Metz dem Verrathe in die Schuhe geschoben wird.

Die in Metz gefangenen französischen Marschälle Bazaine, Leboeuf und Canrobert nehmen in Rassel ihren Aufenthalt. Canrobert ist mit großem Gefolge bereits eingetroffen.

Gerüchweise verlautet, daß auch die Ex-Kaiserin demnächst dort eintreffe.

Eine Depesche des Ministeriums aus Beaune vom 30. d. meldet, daß Dijon nach einem Kampfe in den Vorstädten, welcher von 9 Uhr Morgens bis halb 5 Uhr Nachmittags währte, von 10 bis 12.000 Preußen mit Artillerie besetzt wurde.

Nachdem die Stadt bombardirt wurde, sah sich der Militär-Kommandant in der Unmöglichkeit, erfolgreichen Widerstand zu leisten, und beauftragte sodann seinen Rückzug.

Marburger: und Provinzial-Nachrichten.

Marburg, 2. November.

(Auszeichnung.) Dem Herrn L. L. Notar Dr. Julius Müller wurde, wie wir der amtlichen „Wiener Zeitung“ entnehmen, das goldene Verdienstkreuz mit der Krone verliehen.

(Von der Realschule.) Die feierliche Eröffnung der hiesigen Realschule findet morgen um acht Uhr mit einem Gottesdienst und sodann mit den üblichen Ansprachen im Rathhause statt.

(Prämienvertheilung.) Am 27. v. M. fand in Feldbach durch den Obmann der Bezirksvertretung und steiermärkischen Landtagsabgeordneten Herrn Frh. von Hammerburgstall die Vertheilung der für dieses Jahr zur Hebung der Viehzucht von der Bezirksvertretung gewidmeten 100 fl. statt. Der Obmann leitete die Feier mit einer gediegenen Ansprache ein, in welcher er auf die Wichtigkeit der Rindviehzucht und die Mittel solche zu heben hinwies und die Landwirthschaft als die Zufluchtsstätte, in der sich alle Parteien friedlich begegnen können, bezeichnete. Die Prämiirten verpflichteten sich bei sonstigem Verfall der Prämien, die Stiere ein Jahr, die Kühe und Kalbinnen zwei Jahre nur in Steiermark und nur zur Zucht zu verwenden. Die Anwesenden, es waren selbst von dem fernen Gnas Gäste erschienen, wurden durch die Feier und das treffliche ausgestellte Buchmaterial sichtlich befriedigt. Es wäre sehr erwünscht, wenn andere Bezirksvertretungen dieses Beispiel nachahmen würden, indem durch Prämiiirungen die Landwirthschaft entschieden aufgemuntert werden.

(Sparkassausweis.) Im Monate Oktober wurden von 353 Parteien eingelegt 77.224 fl. 17 1/2 kr. und von 399 Parteien herausgenommen 62668 fl. 65 kr.

(Maubanfall.) Ein bei dem hiesigen Fürstbischöfe bediensteter Knecht wurde in der Nacht vom 30. auf den 31. von Soldaten in der Nähe der Wohnung des Herrn M. Bregl angefallen, seiner Uhr und Baarschaft beraubt und durch einen Stieb (wahrscheinlich mit einem Säbel) lebensgefährlich verwundet.

(Vereinsversammlung.) Der politische Verein „Fortschritt“ wird heute 7 Uhr Abends im Herrn Göb's Salon eine vertrauliche Sitzung abhalten, wozu von Mitgliedern eingeführte Gäste Zutritt haben.

(Die Maul- und Klauenseuche) ist in den Gemeinden Nestelbach und Köllberg bei Graz ausgebrochen.

(Gemeindeauschussung.) Am 6. Oktober beschloß der Gemeinde-Ausschuß in Anbetracht höchst wichtiger zu erledigender Geschäftsstücke die Abhaltung der nächsten ordentlichen Sitzung für den 20. Oktober; der Herr Bürgermeisterstellvertreter ordnete für diesen Tag eine außerordentliche Sitzung an; sie wurde abgehalten und die Gemeindevorstellung willigte in Anbetracht der Inanspruchnahme der Ausschussmitglieder durch die Weinlese in die Vertagung bis zum 3. November. Gutem Vernehmen nach hat der Herr Bürgermeisterstellvertreter diesen Termin abermals aus eigener Machtvollkommenheit bis zum 7. November hinausgeschoben. Wir sind wirklich neugierig, wie lange sich die Gemeindevorstellung sowie die Bürger-schaft Marburgs, deren wichtigste Interessen dadurch leiden (den Beweis haben wir theilweise

schon geführt behalten und jedoch die weitere Aus-
führung vor) sich in die Paschalaunen des Herrn
Bürgermeisterstellvertreters fügen wird. Thuen
beide es fernerhin, erklären sie nicht ausdrücklich,
daß sie nicht länger gejonnen sind einem derar-
tigen Gebahren ruhig zuzusehen. — Dann wäre
es schade, wenn wir die Geduld unserer Leser
fernerhin in Anspruch nehmen würden, in Anbe-
tracht des richtigen Grundsatzes, daß jedes Land,
jede Stadt, jene Regierung hat die — sie verdient.

(Theater). Am Montag wurde zuerst
der Schwank „das Schwert des Damocles“ ge-
geben, in welchem etwas lang ausgesponnenen
Scherze nur die Darstellungskunst des Herrn
Direktors Rosenfeld das Publikum zum Beifalle
brachte; sodann folgten zwei Intermezzo, das erste:
„Erste Gastrolle des Frl. Aurora Weichendust“
wurde in den verschiedenen Nuancen von Frl.
Lanius ausgezeichnet zur Darstellung gebracht,
besonders gelangen ihr die mannigfaltigen Arten
des Weinens; das zweite Intermezzo: „Staberl's
Weinkost“ vorgetragen und gesungen von Herrn
Stelzer, gehört eher in die Bierstube als auf die
Bühne. — Die Reprise der Operette „schöne
Salthea“ wurde vom Ehepaar Barth, besonders
aber der Frau Barth unter großem, wohlverdien-
ten Applause gesungen. Die Stimme des Frl.
Salvi (Ganymed), die in ihrer Rolle nicht den
lecken Burschen darstellte, wie er unserer Meinung
nach in ihm liegen sollte, ist im Duette mit
Frau Barth viel zu schwach, um durchzudringen;
der Nydas des Herrn Signory war in Spiel
und Gesang eine der schwächsten Leistungen die
wir in dieser Rolle hier gesehen. Auch wären
wir begierig zu erfahren, warum der Gebetschor,
der im Anfange so schön insbesondere zum Liede
Hymalions paßt, ausgeblieben, oder richtiger
nur durch die Russi ausgeführt wurde. Zu be-
dauern ist auch die Direktion, daß das „Damo-
klesschwert“ das über ihrem Haupte hängt, daß
die miserable Gasbeleuchtung wieder ihre Dienste
verfälscht. — Gestern kam „Genovefa“ von Nau-
pach zur Darstellung. Es ist schon eine alt her-
gebrachte Sitte, daß am gestrigen und heutigen
Tage die Bühne ernst und mehr oder minder
heiligmäßigen Darstellungen gewidmet ist und
eine ganz gute Abwechslung brachte in die Reihe
der sonst am Allerheiligenabend aufgeführten Stücke
dieses Volksdrama, wenngleich wir lieber die be-
deutend schönere Bearbeitung von Heibel gesehen
hätten. Frl. Lanius, die Darstellerin der Titi-
rolle und Herr Pöhler (Solo) waren die Helden
des Abends; Frl. v. Karlstein findet sich immer
besser ins Spiel, ihre Emma war recht wacker,
auch die Herren Grün (Markus), Meißner (Sieg-
fried) und Feld (Drago) befriedigten, nur be-
greifen wir nicht, warum letzterer als Mohr
schwarze Häuslinge und nicht Handschuhe trug.
Das Haus besonders die Gallerie war sehr gut
besucht.

Vermischte Nachrichten.

(Zeitungskonfiskation.) Die jüngste
Nummer des in Graz erscheinenden „Freidenker“
wurde konfisziert. Es weht eben ein sehr herb-
licher Wind, der die Blätter schüttelt wie Spreu.

(Neues Zeitungsunternehmen.)
Samstag erschien in Graz die erste Nummer der
von Dr. Hippolyt Tauschinski herausgegebenen
Zeitschrift „Volksbote.“ Die Zeitschrift erscheint
zweimal im Monat, in Großquart, 12 Seiten
stark. (Das Administrationslokal befindet sich:
Jakominigasse Nr. 13.) Wir wünschen dem
Unternehmen das beste Gelingen.

Geschäfts-Zeitung.

(Lagerhäuser in Wien) werden nach
dem „Wirth. G. B.“ zur Nothwendigkeit, wenn
München nicht den Getreidehandel ableiten soll.
Der Gegenstand wurde in der letzten Sitzung des
Vorstandes der Fruchtbörse angeregt und werden
in einer nächsten darüber präzisere Anträge ge-
stellt werden.

(Eisenbahn Laibach-Tarvis.) Aus
Laibach, 26. Oktober, wird der „N. F. B.“ ge-
schrieben: Entgegen den ausgesprochenen Befürch-
tungen wegen einer Verzögerung der Eröffnung

der Laibach-Tarviser Bahn kann ich aus der be-
sten Quelle versichern, daß die Bahn bereits so
gut wie vollendet ist, am 23. bereits in ihrer
ganzen Länge von einem Personen- und Lasten-
zuge befahren wurde, morgen aber die polizeilich-
technische Prüfungs-Kommission die ganze Bahn
begehen und einige Tage darauf die feierliche
Eröffnung stattfinden wird. Auch die Telegraphen-
Stationen sind bereits sämtlich eingerichtet. Um
den Verkehr bis zum Ausbaue der fehlenden
Strecke Tarvis-Willach zu erleichtern, hat die Un-
ternehmung der Kronprinz-Rudolfsbahn mit dem
Postmeister und Stellwagen-Besitzer Drand in
Willach das Uebereinkommen getroffen, daß der-
selbe zu jedem Bahnzuge eine bestimmte Anzahl
Stellwagen nach Tarvis zu stellen hat, deren
Fahrpreis dem künftigen Personen-Tarife zwischen
Tarvis und Willach entsprechen soll. Auch für
die Verfrachtung der Bahngüter von Tarvis nach
Willach soll ein ähnlicher Vertrag abgeschlossen
worden sein.

Eingefendet.

Da in Nr. 163 des „Tagesboten“ vom
25. Oktober sich „mehrere Bürger“ anfragen,
was jene Mitglieder des Gemeindevorstandes,
welche der Fortschrittspartei angehören, zu thun
gedenken, nachdem der Herr Bürgermeister-Stell-
vertreter sich nicht veranlaßt sieht, die in Nr. 160
dieses Blattes ihm in den Mund gelegte öffent-
liche Schmähung seiner Gegner in Abrede zu
stellen; — so mögen es die Herren Fragesteller
erklären, wenn ich es übernehme, diese
Angelegenheit vom Standpunkte des Marburger
Wählers zu beantworten.

Jedermann hat gewiß mit Vergnügen die
Antrittsrede des neu gewählten Bürgermeisters
Herrn Dr. Reiser vernommen, welche als höchstes
Ziel seiner Bestrebung die Verständigung der
Parteien, die Vereinigung derselben zum gemein-
samen Wirken im Interesse der Freiheit, des
Wohlstandes und der Ehre der Stadt bezeichnet;
— und wer es mit der Durchführung dieses er-
habenen Zieles ehrlich gemeint, der weiß recht
gut, daß im Schoße der Gemeindevertretung vor
allem jeder Mißpion vermieden werden muß.

Ist es daher auch unumgänglich notwendig
den Herrn Bürgermeister-Stellvertreter in öffent-
licher Sitzung eine Erklärung abzuverlangen, ob
er eine Schmähung gegen Mitglieder des Aus-
schusses oder eine gewisse Gruppe der durch selbe
vertretene Wähler gerichtet hat, so muß diese
Anregung doch in solcher Form gegeben werden,
daß kein Zweifel darüber bleibt, daß diese Ange-
legenheit nur darum einer weiteren Aufmerksam-
keit gewürdigt wird, weil eine friedliche Verständi-
gung der Parteien eben nur dann möglich ist,
wenn mit Herrn Stämpfl für alle Mal aufge-
räumt wird.

Hat es der mehrerwähnte Gemeindevorpräsen-
tant auch für anständig und würdevoll gehalten,
die Herabwürdigung seiner Mitbürger geschäfts-
mäßig von Haus zu Haus zu betreiben, in öffent-
lichen Lokalen in auffälliger Weise seine Gegner
lächerlich zu machen und sogar den Angestellten
der Gemeinde gegenüber ihm persönlich mißliebige
Auschußmitglieder und deren Bestrebungen in
Roth zu zerren, so muß die Gemeindevertretung
diese Persönlichkeit doch so lange in ihrer Mitte
dulden, als sie im Besitze eines gesetzlichen Man-
daters ist und die süße Bürde für die vielbela-
steten Schultern nicht selbst für unerträglich hält.

Wir wollen hoffen, daß die l. Bestätigung
des neu gewählten Bürgermeisters diesem unlei-
dlichen Provisorium bald ein Ende macht und
Herr Dr. Reiser mit gutem Willen und kräftigem
Wirken auch eine dauerhafte Gesundheit verbindet,
daher den Herrn Stellvertreter für immer von
der Einmischung in die Geschäfte ferne zu halten
vermag; — dann fällt auch jeder Grund hinweg
sich wieder mit dem Vizebürgermeister zu beschäf-
tigen, außer in den öffentlichen Sitzungen, wo er
jedenfalls sehr leicht unschädlich zu machen ist,
wenn es notwendig sein sollte.

Mögen diese Ideen das letzte Kränzlein sein,
das wir für das moralische Grab des weiland
Vizebürgermeister Stämpfl und seiner Herrschaft
in Marburg am Gedächtnistage aller Entschlafenen
flochten. Ein Wähler.

Eingefendet.

Es wäre der Theater-Kasse zu empfehlen,
nachdem schon einmal in Folge der eigenthüm-
lichen Bezifferung der Eintrittspreise das Wechseln
unvermeidlich ist, sich hinlänglich mit Kleingeld
zu versehen, damit im Kaffageschäfte keine Störung
eintritt, wie dies zur Belästigung des Publikums
schon mehrmals der Fall war.

Mehrere Theaterbesucher.

Feuilleton.

Im Waldschloß.

Eine Geschichte

von

Wilhelm Städe.

XVI.

Da ich jetzt zur Unterhaltung nicht besonders
aufgelegt war, ließ ich ihn reden und antwortete
einstufig, indem ich dachte, daß ich ihn so desto
schneller los werden könne.

Während wir so hinschritten, fiel mit einem
Mal in nicht weiter Ferne ein Schuß, so daß
wir unwillkürlich stehen blieben und horchten.

„Hei, das Gefindel!“ bemerkte der Jäger
verdrüsslich. „Da geht's wieder über unseren
Bildstand her! Es wird Zeit, Herr, daß Sie
kommen; mit dem Herrn Major ist nichts an-
zufangen — er läßt die Bursche haufen, wie sie
wollen, wir dürfen ihnen nicht in den Weg.“

„Weshalb eigentlich?“ fragte ich so hin,
allein die Antwort ward abgeschnitten, da zu-
gleich in derselben Entfernung wieder ein Schuß
fiel; ich ging ruhig fort, allein der Jäger blieb
stehen.

„Das ist kurios!“ sprach er, da er mir ge-
folgt war.

„Was?“ fragte ich.

„O, ich meinte den Knall zu kennen,“ sagte
er, „er klang wie von des Herrn Majors Bü-
ttcher Büchsfinte.“

(Fortsetzung folgt.)

Original-Privat-Telegramme.

Berlin, 2. Nov. Es wird aus den vor
Nep befindlichen Truppen eine „Südmee“ in
der Stärke von 150.000 Mann unter dem Kom-
mando des Prinzen Friedrich Karl gebildet,
welche die Aufgabe haben wird, Syon zu nehmen
und den Süden von Frankreich zu okkupiren.

Berlin, 2. Nov. In Regierungskreisen
soll man sich dem Vernehmen nach, mit der be-
stimmten Absicht tragen, Kaiser Napoleon in
nächster Zeit aus der Gefangenschaft zu entlas-
sen. Wie es heißt, sind es vorzugsweise pe-
tuniäre Gründe, welche die Regierung hierzu
veranlassen. Der Hofhalt in Wilhelmshöhe soll
ganz enorme Summen absorbiren.

Brüssel, 2. Nov. General Cambriels
wurde auf Anordnung Garibaldi's des Komman-
dos entseht.

Kassel, 1. November. Die Kaiserin Eugenie
ist zu Wilhelmshöhe gewesen, woselbst auch Ba-
zaine eingetroffen ist.

Brüssel, 31. Oktober. Die „Indepen-
dante belge“ veröffentlicht Folgendes: „Ein der
Kapitulation von Metz entronnener Offizier bringt
uns eine Nummer des „Independant de la Mo-
selle“ welches Blatt in Metz im Augenblicke des
Einrückens der deutschen Truppen daselbst ver-
öffentlicht wurde. Die Umstände, welche der
Uebergabe vorangegangen, sind darin in präziser
und detaillirter Weise erzählt. Es geht daraus
klar hervor, daß die belagerte Armee von ihren
Chefs auf eine unwürdige Weise getäuscht wurde
welche, um die Armee geduldig zu machen, als
sie sich auf den Feind zu stürzen verlangte, um
sich um jeden Preis eine Bahn zu brechen, ihr
versprochen, die Armee würde in kurzer Zeit un-
versehrt und mit allen militärischen Ehren abzie-
hen können; sie schilderten ganz Frankreich als
eine Beute der Anarchie, bis zu dem Tage, wo
sie mit der Erklärung kamen, daß an Allem
Mangel herrsche und es unmöglich sei, etwas an-
ders zu erlangen, als eine Kapitulation ähnlich
der von Sedan.“

Z. N. St. C.